

größtes Misstrauen. Die Gesetzesfertigung produziert durchaus nicht immer Qualitätsware, sondern sehr oft minderwertige Massenartikel. So konnte es nicht ausbleiben, daß eine Gegenwirkung gegen diesen Parlamentarismus auftrat, die nun ihrerseits wieder radikal auswirken droht und sich gegen das System als solches, nicht gegen seine Auswüchse richtet. Auch als Unabhängiger der parlamentarischen Regierungsfamilie muß man ohne weiteres zugeben, daß die gegenwärtige Erziehung und Bildungssicht des deutschen Parlamentarismus die demokratisch-republikanische Staatsidee in eine able Beleuchtung zu rücken geplant ist. Mangelnde parlamentarische Disziplin, Verzetteln in taktischen Manövern, amstelle Aufgehen in politischer Verantwortlichkeit. Ueberrennen parlamentarischer und politischer Höhle seitens durch Grünen zweiter und 3. Ordnung. Mängel an wirtschaftlich ausgesprochenen Fähigkeiten — dies alles drückt das Niveau des Reichstages fort herab, und die Parteien haben sich bisher nicht färbig gesetzt, diesen Zustand von sich aus zu überwinden. Über ein obektives Urteil darf doch auch an den Tatsachen nicht vorübergehen, die ohne Schuld der Beteiligten zu den heutigen Zuständen geführt haben. Niemals ist ein Parlament der Welt vor so ungeheuer schwerwiegende Entscheidungen gestellt gewesen wie der gegenwärtige Reichstag in den letzten vier Jahren. Niemals ist die Arbeit eines Parlamentes unter so verhängnisvolltem Druck von außen vor sich gegangen, niemals ist ein Parlament in seiner Arbeit so gehemmt und beeinträchtigt worden durch die in seinen eigenen Reihen stehenden Gegner des Parlamentarismus wie dieser Reichstag. Auf der rechten Seite wollte man den Parlamentarismus als Staatsform überhaupt nicht und discreditierte ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit abschärflich, auf der linken wollte man zwar den Parlamentarismus, aber man verstand ihn nicht richtig, und das Gefühl des politischen Handelns war in vielen Fällen nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit, sondern das Parteidogma und die Taktik.

Die Kritik des deutschen Parlamentarismus wird ihren Höhepunkt mit dem Abschluß des überosten Reichstages nicht erreicht haben, sondern sie wird wahrscheinlich erst im neuen Reichstag werden. Die Entwicklung zeigt einen verhängnisvollen Drang zum politischen Radikalismus, die kommende Reichstagswahl und der aus ihr hervorgehende Reichstag werden unter diesem Zeichen stehen. Soll überhaupt ein arbeitsfähiges Parlament zustandekommen, so kann dies nur geschehen, wenn die politischen Kräfte der Mitte trocken der parlamentarischen und politischen Tätigkeit sein können. In einer Zeit der inneren und außenpolitisch aufgewühlten Beidenchaften besteht die Gefahr, daß auch den Führern des Volkes die kühle Vernunft verspielt geht. Die Führer dürfen, gerade in solchen Zeiten, nur die sein, die sich allein Leitern lassen von dem Bestreben, einen Weg zu finden, der uns aus dem Unglück herausführt. Den Weg kann nur der finden, der losgelöst von der Tagesleidenschaft, den Blick stets gerichtet auf die großen Zusammenhänge der Welt und der Menschheit." In diesen Sätzen sah General von Schmettow erlösend das zusammen, was das Volk ihm dann vor Augen halten muß, wenn es bei den kommenden Neuwahlen wieder dazu berufen ist, unmittelbar Einfluß auf das Schicksal des Staates zu nehmen.

Deutschlands Goldreserve soll in Berlin bleiben.

In der letzten Besprechung des Sachverständigenausschusses für die Emissionsbank erhob der „Chicago Tribune“ auf, Reichsbankpräsident Dr. Schacht bedenkt gegen die Überbringung der Goldreserve der Reichsbank in ein auswärtiges Land, das sich der Emissionsbank werden soll. Diesem Bedenken des Reichsbankpräsidenten trug der Unterausschuß Rechnung und beschloß, Deutschland zu gestatten, die Goldreserve der Reichsbank in Berlin zu belassen. Uebrigens beträgt die Goldreserven nicht, wie die „Chicago Tribune“ sagt, 8,45 Milliarden Goldmark, sondern nur 450 Millionen. Die 8 Milliarden sollen durch Rechnung auf Kosten der künftigen Emissionsbank aufgebracht werden. Dagegen sollen die Sachverständigen verlangt haben, die im Ausland zu machenden Beziehungen auf die Emissionsbank nicht nach Deutschland kommen zu lassen, sondern in Holland, dem Sitz der neuen Bank zu belassen. Die Sachverständigen forderten ferner die Übertragung der Goldreserve der Reichsbank auf die neue Emissionsbank, die alle vorhandenen Papiermark und Rentenmark gegen Goldmark eintauschen soll. Von dieser Forderung wurde Abstand genommen, da man sich klar war, daß die Auslieferung des Goldes der Reichsbank in ein auswärtiges Land größte Opposition in Deutschland hervorrufen würde.

Die Zustände in der Pfalz.

Die pfälzischen Bahnen sind unter der französischen Wirtschaft vollständig verwahrlost. Die Güterwagen führen 30 bis 40 Tage in den Bahnhöfen. Die Mängelbahnhöfe von Ludwigshafen und Mannheim sind verschwunden. Die Regie entschuldigt sich mit ungünstigem Personal. Sie vermag aber kaum die alternativverbindlichen Maßnahmen auszuführen, so daß die pfälzischen Bahnen von den Franzosen vollständig verlottert sind.

Der Sonderausschuß der Rheinlandkommission besuchte die beiden pfälzischen Städte Worms und Kaiserslautern. In Kaiserslautern fand heute vormittag eine Besprechung des Ausschusses mit Vertretern der Gewölfer statt.

Der Separatistensführer Schmitz-Epper hat eine westliche Bauern- und Mittelstandspartei - Bezirk Württemberg-Hessen gegründet.

Das Neueste vom Auslanddeutschium.

Die parlamentarischen Kämpfe zwischen Deutschen und Polen im Warschauer Sejm nehmen immer schärfer Formen an. Die polnischen Parteien verlangen die sofortige Ausweisung aller „Fremden“ und die Liquidierung aller deutschen Rentengrundstücke im ehemals preußischen Teilstück. Die deutsche Fraktion bringt eine Interpellation nach der andern ein, so gegen die Vergewaltigung des deutschen Schulwesens, gegen die Liquidation des Vermögens der deutschen Frauenvereine, gegen die Erhöhung der Erzeugung von Pässen für polnische Bürger deutscher Nationalität.

Ein Sachverständigenausschuß des Volksbundes traf in Danzig zur Untersuchung des zwischen Danzig und Polen schwedenden Streites über Errichtung eines polnischen Munitionslagers. Er bezeichnete als geeigneten Platz dafür die Halbinsel Westerplatte — gegen die Stimme des französischen Vertreters, der den Raum unmittelbar Nähe von Stadt und Hafen forderte.

Das Sonderdirektorium hat den Beamten des Landes den Beitritt zum Autonomieverband verboten.

In Kopenhagen besteht seit Oktober vorigen Jahres eine neue Vereinigung „Freunde deutscher Literatur“, die von Hauptpastor Lampe gegründet wurde, um das Interesse an deutscher Sprache und Literatur in dänischen Kreisen zu fördern.

Die steuerliche Belebung der deutschen Gemeinde Hanfeld im Banat, die infolge einer neuen Grenzbeschließung von Südböhmen an Rumänien abgetreten wird, setzt mehr zu einem großen Standort aus, indem die tschechischen Behörden des Ortes vor der Abreise des Ortes aus dem Hause herauszupressen versuchen, was überhaupt nicht möglich ist.

General Smuts empfing in Kapstadt eine Delegation der deutschen Bevölkerung Südwestafrikas, die erklärte, daß zwar die Wünsche der Deutschen Südafrika weit über das in dem Londoner Abkommen zwischen der deutschen Reichsregierung und General Smuts Gebotene hinausgingen, doch aber die Einführung des autonatischen Bürgerechtes bei den deutschen Südwestafrikanern in allgemeinen ernstlichen Widerstand finden würde. Er sprach sich vor allem gegen die Angleichung Südafrikas an Südafrika der Union aus und wünschten die Wahl einer eigenen geschiedenden Körperschaft.

Kleine Notiz:

Reichstagswahlen am 4. Mai. Der Reichspräsident auf Grund des Paragraphen 6 des Reichswahlgesetzes verneint, daß zwar die Wünsche der Deutschen Südafrika weit über das in dem Londoner Abkommen zwischen der deutschen Reichsregierung und General Smuts Gebotene hinausgingen, doch aber die Einführung des autonatischen Bürgerechtes bei den deutschen Südwestafrikanern in allgemeinen ernstlichen Widerstand finden würde. Er sprach sich vor allem gegen die Angleichung Südafrikas an Südafrika der Union aus und wünschten die Wahl einer eigenen geschiedenen Körperschaft.

Die deutschen Besatzungskosten wiederum gezahlt. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Die Zahl der Staate für die Besatzungskosten im März ist am Dienstag mit 22 Millionen Goldmark geleistet worden.

Was der Egaliß zu beachten hat. Aus Bern meldet das WTB: Ein hoher Bundesbeamter der Bundesverwaltung übertrug dem Kaiserlichen Weisungen des Bundesrates. Hier heißt es, der Kaiser habe sich jeder propagandistischen Tätigkeit zu enthalten, andererfalls der Bundesrat dem Kaiser die Aufenthaltsberechtigung entziehen müsse.

Von Stadt und Land.

Aue, 15. März

Der Beigner-Prozeß.

Die Vernehmung von Möbius und Dr. Beigner.

Auf die Beschwerden der Verteidigung gegenüber der Zusammensetzung des Gerichts, die Verteidigung lehnte nämlich Vorsagerichtsdirektor von Wiesbaden, Landgerichtsrat Dr. Südl. und Landgerichtsrat Raup als beschworen an, erwidert

Oberstaatsanwalt Schlegel: Die von der Verteidigung behauptete politische Begierde der Richter kann für eine Ablehnung in diesem Falle gar keine Rolle spielen, denn die Angeklagten haben mit Politik absolut nichts zu tun. Wenn der Vorsitzende schon vorher die Aten studiert und die Sache möglichst beschleunigt, damit gerade im Interesse der Angeklagten gehandelt. Das Verfahren entsprach auch der allgemeinen Regelung. Es ist auf Grund der ihm vorliegenden dienstlichen Kenntnis, daß kein Grund der ihm vorliegenden dienstlichen Kenntnis, daß kein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, ein Wehrkraut in die Unparteilichkeit der abgelehnten Richter zu rechtfertigen. Die politische Einstellung eines Richters oder die Zugehörigkeit eines Richters zu einem politischen Verein und zu sich bekämpfenden Parteien und die beliebige Entschuldigung der Verteidigung begründet an sich solche Besorgnisse nicht mehr werden diese Besorgnisse nur dann unter Umständen erreichbar erscheinen, wenn noch besondere Umstände eintreten würden. Solche liegen aber in der vorliegenden bei keinem Richter vor.

Nach Verlesung der Eröffnungsanschrift am Nachmittag verneint der Vorsitzende zunächst den Angeklagten, daß über die einzelnen Fälle Möbius schildert, wie er bei der Mehltriebung im Jahre 1918 gehaft verhaftet, und Dr. Beigner, der damals auf der militärischen Schreibstube war, vernommen wurde. Nach der Revolution wurde vom Soldatenrat aus der Haft entlassen. Dr. Beigner habe ihn später gefragt, ob er noch einen Rentner von dem Wehr

bekommen könne. Er, Möbius, habe das Wehr zum nati- malen Preis gelöscht. Später habe es dann, daß es ja gestohlene Wehr handelte, während es tatsächlich von Wehr gekauft war. Als der Zeuge bei der Erörterung der Altenbefreiung unsicher wird, sagt ihm der Vorsitzende: Ich muß Ihnen jetzt dringend raten, durchaus bei der Zeiche zu bleiben, denn bei Ihrer mangelhaften Bildung können Sie gar nicht unterscheiden, ob Sie mit einer Unwahrheit vertreten. Dr. Beigner läuft oder schadet. Sie haben ihn zuerst in der Voruntersuchung sehr belastet und sind dann vollständig umgeschlagen. Es sind Versuche gemacht worden, wenigstens einen Zeugen zu beeinflussen. Sind solche Versuche auch bei Ihnen gemacht worden? — Möbius: Nein.

Vorsitzender: Sie haben zuerst bei der Voruntersuchung gesagt, Dr. Beigner habe Ihnen gedroht, daß, wenn Sie ihm nicht besseres Wehr liefern, würde er den Verfahren gegen Sie freien Fuß lassen.

Möbius: Das ist nicht wahr, das habe ich bloß der Staatsanwaltschaft vorgemacht.

Vorsitzender: Sie haben also falsche Angaben gemacht, die Dr. Beigner belasten, warum denn?

Möbius: Die Staatsanwaltschaft unterstützte mich doch, wenn ich Dr. Beigner belastete, ich wurde dann ja auch auf freien Fuß gesetzt.

Vorsitzender: Das verstehen Sie unter „Unterstützung“? Sie haben nicht etwa von der Staatsanwaltschaft erhalten? — Möbius: Nein.

Angeklagter Dr. Beigner: erläutert dann die Frage nach seiner militärischen Stellung dahin, daß er als einfacher Soldat und Schreiber die Listen über die Strafanfälle führte, aber keine selbständige und antwortliche Stellung einzunehmen. Er sei nicht Vertreter eines Geschäftsführers gewesen und habe auch nicht dem Soldatenrat angehört.

Bei der Mehltriebungssache sagt Dr. Beigner aus: Nach der Revolution kam Möbius zu mir, er erforderte sich, wie er mit seiner Sache stände, er wollte wissen, wieviel Wehr beschlagnahmt sei, weil er wohl das übrige retten wollte. Erst nach einigen Tagen sah ich die Alten durch und sagte ihm, daß sein Wehr beschlagnahmt sei. Möbius kam dann direkt zu mir in die Kaserne und erklärte sich auf meine Frage zur Lieferung eines Rentners Wehr bereit. Das letztere Wehr war schlecht. Ich verlangte besseres. Da lieferte Möbius dasselbe Wehr in einem anderen Sack. Vorsitzender: Er hat sie also getäuscht. Haben Sie ihm versprochen, daß sie seine Strafanfälle günstig zu beeinflussen? Dr. Beigner: Das kam gar nicht in Frage, denn die Sache war schon am 7. Dezember 1918 amnestiert. Gegen Weihnachten ging in der Kaserne das Gericht um, Möbius habe das Wehr gestohlen. Nun war mir die Gedanke durchbar peinlich, daß festgestellt werden könnte, Beigner, von Beruf Staatsanwalt, hat gestohlenes Wehr gekauft. Darauf habe ich unbedingt die Alten, die im Abteilungszimmer lagen, an mich genommen und auf der Stelle im Ofen verbrannt. Das war ein vollständig sinnloser Ausflug eines Impulses. Ich dachte nur daran, wie unangenehm es sein würde, wenn ich in den Verdacht geraten könnte, mit diesen Dingen in Verbindung zu stehen. Ich dachte gar nicht daran, durch Altenvernichtung etwa die Beleidigung des Wehrles verhindern zu wollen.

Einzug der TKBW. auf Landtagssäuslung. Die demokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingereicht und die Regierung aufgefordert, die nächsten Landtagswahlen zusammen mit den 9. tagesswahlen stattfinden zu lassen.

Hölz komunistischer Spitzenkandidat in Chemnitz-Zwickau. Der liegt für seine Räubererei und Worbrenner durch lebenslängliche Buchtausstrafe hängende Nagel Hölz ist von der Kommunistischen Partei als Spitzenkandidat für den Wahlbezirk Chemnitz-Zwickau aufgestellt worden. Ein Buchhändler an der Spießel. Die Kommunisten verstehen doch immer, bewußte Volksvertreter zu gewinnen.

Wohnungsfragen. In Weimar findet gegenwärtig eine Konferenz der mit dem Wohnungsweisen betrauten Stellen der Landesregierungen statt. Ihr Hauptzweck ist ein Austausch der Gedanken und Meinungen über die Mietssteuer, die gemäß der S. Steuernotverordnung auf 25 Prozent der Friedensmiete festgelegt werden soll. Die Regelungen, die man mit der Wohnungsbaubewilligung machen soll, müssen dazu benutzt werden, sich über die Höhe und die Art der Erhebung bzw. Abzweigung eines bestimmten Prozentsatzes dieser Steuer zu Wohnungsbauzwecken klar zu werden. Wie es heißt, soll als Miete für den April ein Satz von 80 Prozent der Friedensmiete in Frage kommen.

Der Frühjahrsabzug am Mittwoch, den 10. März 1924, ist nicht mehr staatlich anerkannter Feiertag, der ev.-luth. Landeskirche und noch Artikel 180 der Reichsverfassung als Tag der Werke kath. und protest. Erhebung gebräucht geblieben. Alle evangelischen Eltern haben das Recht, ihre Kinder an diesem Tag vom Schulbesuch befreien zu lassen. Die Befreiung gilt nicht nur für die Zeit des Frühlings, sondern für alle Orte stattfindenden Kindergottesdienste, sofern ersterst sich auf den ganzen Tag. Die Kirche ist nicht zur Abgabe einer vom Vater oder Mutter unterschriebenen Erklärung an den Klassenlehrer des bet. Kindes einzuladen, sondern am 10. März. Mitteilungsformulare mit dem nachgebenden Stelle als richtig befindenden Worten, beantrage für mein Kind . . . für den Frühjahrsabzug Unterstellungserlaubnis zur Erfüllung seiner religiösen Pflichten die S. Verordnung des Volksbildungministeriums vom 14. 1. 1924 an erstellen. W. Sehen durch die Kreis. Elternvereine bzw. die Landesgeschäftsstellen in Dresden, Heribrautstraße 10, 2., zur Verfügung. Die Abgabe dieser von Vater oder Mutter unterschriebenen Mitteilung einige Tage vor dem 10. März berechtigt ohne weiteres vom Wohnungsbetrieb des Elterns Abzug vom Schulunterricht der ganzen Zeit.

Mitteilungsformulare hierzu geben kostenlos ab: W. Sehen Oldener Christ-Baptist-Straße 24, Vorsitzender des Elternrates an der 1. Bürgerschule. Otto Möllerstraße 54, Vorsitzender des Elternrates an der 2. Bürgerschule. Emil Wiegels, Lindenstraße 21. Vorsitzender des Elternrates an der 3. Bürgerschule. Albin Rohner, Metzinerstraße 55, Vorsitzender der christlichen Elternvereinigung.

Verkehrstag im Bezirk Aue. Nach Mitteilung des Kreisverkehrsverbands will das Reichsverkehrsministerium aufstellen, daß vom 8. April ab nicht nur von den Großstädten aus Sonntagsfahrkarten nach landschaftlich besonders Gegend ausgetragen werden, sondern in mäßigem Umfang.